



Headphone-Ballett: Die niedersächsische DGB-Jugend radiotanz im Januar 2013 in Hannover ihre Forderungen zur Landtagswahl. www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de

Ausgabe Februar 2013

inhalt

3 thema

Die Armut vieler Jugendlicher

4 schule, ausbildung, studium + beruf

Tarifliche Ausbildungsvergütungen
Ausbildung in der Forschung

5 azubi-ratgeber

Die wichtigsten gesetzlichen Regelungen für Azubis

6 projekte

Bildungsgipfel: Die Bilanz
DBJR: Gegen BikNetz

7 bezirke + gewerkschaften

Der Herrschinger Kodex der GEW
Ausstellung: Geschichte der Arbeiterbewegung in Mannheim

Ansage an die Politik

Mit ihrem Aktionstag am 16. März 2013 startet die DGB-Jugend ihre Aktivitäten zur Bundestagswahl.

Unter dem Motto »Jugend macht Ansagen« mischt sich die Gewerkschaftsjugend in den Wahlkampf ein. »Wir wollen mitbestimmen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wir wollen gehört werden. Und wenn man uns schon nicht fragt, verschaffen wir uns eben selbst eine Stimme«, heißt es im Aufruf für den Aktionstag am 16. März 2013, der in den Städten Berlin, Dortmund, Frankfurt/M., Hannover, Leipzig und Nürnberg stattfinden wird.

Die Gewerkschaftsjugendlichen wollen ihre Sicht der Dinge öffentlich machen. Politik finde nicht nur im Parlament statt, sondern auch auf der Straße, im Internet, in Betrieben, Schulen und Hochschulen: »Politik von oben war gestern.«

Warum sollte man sie auch den PolitikerInnen überlassen? Während die sich noch um die Ausrichtung ihrer Parteien streiten, setzt die Gewerkschaftsjugend ihre eigenen Inhalte auf die Tagesordnung: bessere Ausbildung, gute und sichere Beschäftigung, gute Bildung, eine solidarische Alterssicherung und

ganz wichtig: ein soziales Europa. Denn die desaströse Sparpolitik muss überwunden werden, da sie die soziale Spaltung in Europa vertieft. Nur eine Politik, die auch die Einnahmenseite in den Blick nimmt, kann zu einer Überwindung der Eurokrise beitragen. Vor allem Vermögen müssen höher besteuert werden. Wirtschaftliche Prosperität und soziale Teilhabe sind dabei gerade keine Gegensätze.



Die Gewerkschaftsjugend steht für eine solidarische und offene Gesellschaft. Am Ansagetag werden die jungen GewerkschafterInnen eine Resolution verabschieden. Mit ihr wollen sie im Vorfeld der Wahlen eigene Mehrheiten für gewerkschaftliche

Positionen unter den zukünftigen Mandatsträgern mobilisieren. So viele Abgeordnete wie möglich sollen sich mit den Standpunkten solidarisch erklären. Mit ihrer Unterschrift sollen sie dafür einstehen, sich auch für die Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen einsetzen. ▀

Die DGB-Jugend wird auf ihrer Homepage www.dgb-jugend.de ein Tool zur Ansprache von PolitikerInnen bereitstellen.

Fleisch weltweit

60 Kilogramm Tier vertilgt der deutsche Mensch im Jahr. Der »Fleischatlas« skizziert die globalen Auswirkungen des steigenden Fleischkonsums. Die Lage ist dramatisch: für die Menschen die Arbeits-, für die Tiere die Sterbebedingungen.

www.boell.de/fleischatlas

Dokumentation online

Die Dokumentation der DGB-Tagung »Berufsausbildung im demografischen Wandel – mehr Ausbildungsqualität und neue Chancen für Jugendliche?« ist online.

www.wir-gestalten-berufsbildung.de

Klimawandel

Mit der Initiative »Gute Arbeit im Büro« pustet die IG Metall frischen Wind in die Arbeitsstuben.

www.igmetall.de/gutebueroarbeit

Jugend gewinnt

DGB: Mitgliederzahlen // Die deutschen Gewerkschaften sind eine attraktive Sache: 2012 sind jeden Tag 923 Menschen in eine DGB-Gewerkschaft eingetreten. Zum Ende des letzten Jahres hatten die DGB-Gewerkschaften zusammen 6.151.184 Mitglieder – das entspricht einem kleinen Rückgang von 0,08%.

Insgesamt haben die Gewerkschaften im DGB 337.971 neue Mitglieder geworben. Neben LeiharbeiterInnen begeistern sich vor allem junge Menschen für die DGB-Gewerkschaften. Bei den jungen Mitgliedern bis einschließlich 27 Jahre beträgt der Zuwachs 3,6%. Der Jugendanteil unter den Mitgliedern im DGB stieg auf über 8%.

Soli aktuell sagt: Wir werden mehr.

Tarife sind gestiegen

Abschlüsse 2012 // Die Tarifabschlüsse lagen im vergangenen Jahr erneut über denen des Vorjahres. Die Tarifsteigerungen, die im Jahr 2012 vereinbart wurden und in Kraft traten, beliefen sich im Schnitt auf 2,7%. Zu diesem Ergebnis kommt die Bilanz der Tarifpolitik des Jahres 2012, die das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung errechnet hat.

www.boeckler.de

Gewerkschaft macht happy

Die Freuden der Mitgliedschaft // Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrer Arbeit zufriedener als nicht organisierte Beschäftigte, wie eine neue Studie zeigt. Gewerkschaftliches Engagement stärkt die Verhandlungsmacht der Beschäftigten und damit die Chancen auf bessere Arbeitsbedingungen, schreiben ForscherInnen der Universitäten Mailand und Birmingham. Sie haben Interviews mit insgesamt 29.000 Beschäftigten aus 18 europäischen Ländern analysiert. Ergebnis: Meist geht die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit mehr Arbeitszufriedenheit einher. Und: In Staaten mit einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad ist auch das Zufriedenheitsniveau der ArbeitnehmerInnen tendenziell höher.

Soli aktuell meint: Organisiert sein bringt nur Vorteile.

www.boeckler.de/41624_41635.htm

Bildung fürs Unternehmen

Stifterverband will »Zukunft machen« // Durch eine auf mehrere Jahre angelegte Bildungsinitiative (Motto: Zukunft machen) will der arbeitgebernahe Stifterverband mit Support der Unternehmensberatung McKinsey »der Debatte um eine bessere Bildung in Deutschland mehr Richtung und Substanz geben«. Außerdem gibt's den »Hochschulbildungreport 2020«.

Soli aktuell fragt: um wessen Zukunft es da letztlich geht.

Alles über die Bildungsvisionen der deutschen Wirtschaft auf www.stifterverband.info



Ideologiefreie Schule

DGB: Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien // DGB und Gewerkschaften fordern eine staatliche Prüfstelle für Unterrichtsmaterialien! Der Grund: die Zunahme von schulfremdem Schulzeugs aus der Finanz- und Wirtschaftsbranche. Diese Lern- und Lehrmaterialien unterliegen keiner fachlichen und didaktischen Qualitätskontrolle, heißt es in einem gemeinsamen Schreiben von DGB und der Bildungsgewerkschaft GEW.

www.dgb-jugend.de/schule

Eklige Zahlen

Brüssel zählt die Jugendarbeitslosigkeit // Im November 2012 waren in den 27 Ländern der Europäischen Union 5,799 Mio. Menschen unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,733 Mio. im Euro-Währungsraum. Gegenüber November 2011 stieg deren Zahl in der EU27 um 329.000 und im Euro-Raum um 420.000. Die Jugendarbeitslosenquote lag im November 2012 in der EU27 bei 23,7% und im Euroraum bei 24,4% (2011: 22,2% bzw. 21,6%). Die niedrigsten Quoten verzeichneten Deutschland (8,1%), Österreich (9%) und die Niederlande (9,7%), die höchsten Griechenland (57,6% im September 2012) und Spanien (56,5%).

<http://tinyurl.com/EU-Jugendarbeitslosigkeit>

Witzige Angelegenheit

Bildungsstaatsvertrag // Die Kultus- und WissenschaftsministerInnen der Länder Bayern, Niedersachsen und Sachsen haben im Januar 2013 Eckpunkte für einen Bildungsstaatsvertrag vorgelegt. Er soll für die Anerkennung der unterschiedlichen Lehrerexamen sorgen, die Mobilität von SchülerInnen und LehrerInnen erleichtern und die Qualität der Lehrerausbildung bundesweit verbessern. Voll das Ablenkungsmanöver, meint die Bildungsgewerkschaft GEW. GEW-Chef **Ulrich Thöne**: »Die drängendsten bildungspolitischen Probleme – Schulabbrecher, 1,5 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss, 7,5 Millionen funktionale Analphabeten und die mangelnde Ausstattung mit Studienplätzen – greift er nicht auf. Ein Witz.«

Gefordert: ein verfassungsrechtlicher Rahmen, der mehr Kooperation zwischen Bund und Ländern in der gesamten Bildungspolitik zulässt.

www.gew.de

Schule soll sozialer werden

Linker Antrag im Bundestag // Die Linkspartei macht sich für die Absicherung von Schulsozialarbeit stark. Dazu hat sie einen Antrag ins Parlament eingebracht. Die Fraktion fordert die Bundesregierung auf, Schulsozialarbeit im Jugendhilferecht des Sozialgesetzbuches VIII als Regelleistung in einem neuen Paragraphen zu verankern.

www.bundestag.de/presse/hib/2012_12/2012_604/01.html

Bundeskrisenprogramm

MobiPro-EU kommt // Der Bund gewährt im Rahmen eines Sonderprogramms ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa Leistungen zur Unterstützung einer erfolgreichen Vermittlung in betriebliche Berufsausbildung und in qualifizierte Beschäftigung in Deutschland. Das neue Programm heißt »MobiPro-Eu«. Die DGB-Jugendliche könnten so aus ihren Heimatländern abgezogen werden (Siehe Soli aktuell 12-2012, »Die Krise ist jung«).

Soli aktuell fragt sich: ob das wirklich gut überlegt ist.

GEW geht in die Offensive

Tarifrunde 2013 // Mit Beginn der Tarifrunde 2013 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder startet die GEW eine Mitgliederwerbekampagne. Zielgruppe sind die angestellten LehrerInnen auf Landesebene. »Über 200.000 angestellte Lehrkräfte sind eine Macht – wenn sie sich in der GEW solidarisieren und ihre Interessen gemeinsam vertreten«, schreiben die BildungsgewerkschafterInnen. Zur Mitgliederwerbung gibt's kostenfrei den Kampagnenwürfel inklusive 25 GEW-Beitrittskarten und Gewinnspiel mit dem Hauptpreis aller Hauptpreise: einem iPad. Alle, die einen Würfel bestellen und im Lehrerzimmer postieren, nehmen automatisch an der Verlosung teil.

Soli aktuell ruft auf: SchülerInnen und BerufsschülerInnen, die ihr schon in einer Gewerkschaft seid: Werbt eure mitbestimmungsmuffeligen Lehrkräfte an!

Chefsache Bildung

Die Gewerkschaften im Wahljahr // Der DGB-Vorsitzende

Michael Sommer hat mehr Qualität und Durchlässigkeit in Bildung und Ausbildung gefordert: »Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung benötigen eine zweite Chance.« Auch bräuchten Hochschulen einen Anreiz, mehr beruflich qualifizierte aufzunehmen – Sommer denkt da an ein Bonussystem.

www.dgb.de/-/5ct



M. Sommer

Zitat des Monats

»Die Auszubildenden sind nicht die Fußabstreifer von Wirten und Hotel-Managern – sie verdienen deutlich mehr Wertschätzung, auch in Euro.«

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord



A. Backmann

Personal

Astrid Backmann, 33, ist die neue DGB-Bezirksjugendsekretärin in Bayern. Zuvor war sie Referatsjugendsekretärin bzw. DGB-Jugendsekretärin für Nürnberg/Mittelfranken.

Jugendarmut muss nicht sein

Lebensverhältnisse: Über 20 Prozent der jungen Menschen in Deutschland sind armutsgefährdet – oft trotz Arbeit. Das ließe sich aber ändern, wie eine neue DGB-Studie zeigt.

Vieles im Bundestag, was von Bedeutung ist, bringen die Kleinen Anfragen an den Tag. Und so musste die Bundesregierung jüngst zum Thema Jugendarmut Auskunft geben. In allerlei wirtschaftliche Erfolgsmeldungen (»VW: Erstmals neun Millionen Autos verkauft«) hinein durfte sie verkünden, dass bundesweit jeder fünfte Mensch zwischen 18 und 25 Jahren arm oder armutsgefährdet ist. In Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sogar mehr als jeder dritte. Über 70.000 junge Menschen arbeiteten im Herbst 2012 in Vollzeit und müssen trotzdem Arbeitslosengeld II (ALG II) beantragen, über 150.000 weitere sind nur geringfügig beschäftigt und deshalb von ALG II abhängig.

Jugendliche sind besonders oft in unsicheren und schlecht bezahlten Jobs zu finden: Fast die Hälfte aller 15- bis 25-Jährigen arbeitet derzeit im Niedriglohnssektor. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind

DGB-Jugend – das fordern wir

Jugendarmut ist ein Problem, das die DGB-Jugend schon lange im Blick hat. 1,5 Mio. junge Menschen sind ohne Berufsabschluss, die Zahl der Schulabbrüche ist hoch.

»Ausbildung fängt mit Bildung an«, sagt DGB-Jugend-Referent Benjamin Krautschat. Die Gewerkschaftsjugend fordert, dass junge Leute in eine qualifizierende Ausbildung oder Erwerbstätigkeit kommen statt in Qualifizierungsmaßnahmen. Diskriminierende ALG-II-Regeln sind aufzuheben. Ganz wichtiger Punkt: die Einführung der Rente mit 67 – sie ist eine Kampfansage an die junge Generation. Denn die Rentenpläne signalisieren jungen Menschen, dass sie nun noch länger arbeiten müssen, auch wenn sie körperlich und seelisch vielleicht nicht mehr in der Lage dazu sind. »Wir brauchen einen neuen Generationenvertrag mit einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle arbeitenden Menschen einzahlen und damit eine solidarische und Existenz sichernde Rentenversicherung gewährleisten«, heißt es im entsprechenden Beschluss der DGB-Bundesjugendkonferenz 2009. ▀

deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Anzahl an jungen Menschen in der Leiharbeit verdoppelt.

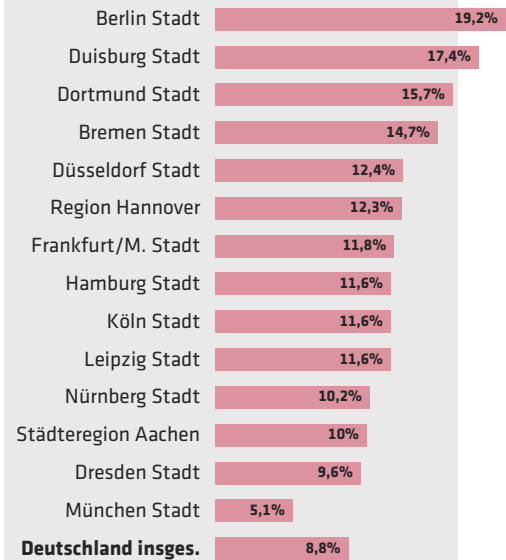
Die scheinbaren Erfolge beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit hätten bisher nichts daran ändern können, dass Jugendliche überdurchschnittlich mit Armut konfrontiert seien, kommentiert der DGB. In der kürzlich erschienenen Studie »Höheres Verarmungsrisiko Jugendlicher« haben sich die Arbeits- und SozialreferentInnen des DGB die junge Generation genauer angesehen. 2012 gab es zwar »nur« rund 300.000 arbeitslose Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren. Doch auf Hartz IV angewiesen waren mit insgesamt 770.000 sehr viel mehr junge Menschen allein in dieser Altersgruppe. Besonders auffallend ist, dass die Hilfequote der Jugendlichen in den Großstadtreionen meist höher ist als die für alle Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren. Viele dürften noch zur Schule gehen; entweder im allgemeinbildenden System oder sie besuchen Ausbildungsgänge an Berufsfachschulen. Das Verarmungsrisiko dieser Jugendlichen ist hier offensichtlich längst nicht immer Ausdruck nur eigener beruflicher Integrationsprobleme, sondern relativ oft auf das Fehlen existenzsichernder Arbeitsplätze der Eltern zurückzuführen.

Unübersehbar sind zugleich die Defizite des schulischen und beruflichen Ausbildungssystems. Mitte 2012 hatten insgesamt 87 Prozent der hilfebedürftigen Jugendlichen – noch – keine abgeschlossene Berufsausbildung. Bildungsstudien haben gezeigt, dass Bildungsarmut in Deutschland mehr noch als in vielen Nachbarländern in relativ starkem Maße vererbt wird. Eltern armer Kinder entscheiden sich häufiger gegen weiterführende Schulen, weil ihre Kinder früher Geld verdienen sollen. Aber auch finanzieller Stress und familiäre Konflikte gehen schnell mit schulischem Versagen einher. Relativ geringe berufliche Perspektiven, auch des sozialen Umfeldes, fördern Resignation und Mutlosigkeit. Es verwundert nicht, wenn jugendliche Hartz-IV-EmpfängerInnen die Schule ohne Abschluss verlassen.

Die DGB-ExpertInnen folgern: »Längst ist die Bildungsexpansion vergangener Jahre einer Bildungsstagnation gewichen. In einer Gesellschaft, in der ein mittlerer Bildungsabschluss den Standard definiert, werden Jugendliche ohne Schul- oder Berufsabschluss als leistungsschwach etikettiert und sind schnell einer dauerhaften Stigmatisierung ausgesetzt.«

Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Integrationsmaßnahmen müssen diesen unterschiedlichen Lebensumständen der Jugendlichen Rechnung tragen. Als mögliche Instrumente werden vorgeschlagen:

Hartz-IV-Bedürftigkeit der 15-24-jährigen Jugendlichen in den größten Städten



- ▀ individuelle und kreative Ansatzpunkte, die die gesamten Lebensumstände einschließlich des sozialen Netzwerks in den Blick nehmen
- ▀ neue Formen von Arbeiten und Lernen, die auch schulmüden Jugendlichen Mut machen können
- ▀ »nachgehende Betreuung«, um einen kurzfristigen Abbruch von Fördermaßnahmen möglichst zu verhindern und stabile Beschäftigung zu fördern
- ▀ Sprachförderung für benachteiligte Jugendliche
- ▀ vorsorgende arbeitsmarkt-, sozial- und bildungspolitische Maßnahmen, die längerfristig weit wirksamer und erfolgreicher sind als kurzfristige kurative Ansätze.

Erfolgreich könnten diese Maßnahmen jedoch nur sein, »wenn die unterschiedlichen Politikbereiche besser zusammenwirken und auch die Bildungspolitik der Länder einen besseren Beitrag leistet, um auch alle Jugendlichen für die Herausforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten«.

Ein gutes Thema fürs Wahljahr. ▀

DGB (Hg.): Hohes Verarmungsrisiko Jugendlicher, Berlin 2012. Im Download: www.dgb.de/-/5ZJ

Unübersehbar sind die Defizite des Bildungssystems.

Es gibt mehr Geld

Aber nicht für alle: die unterschiedliche Entwicklung der tariflichen Ausbildungsvergütungen 2012.

Durchschnittlich 737 Euro brutto im Monat verdient die Auszubildenden 2012 in Westdeutschland – immerhin. Die tariflichen Ausbildungsvergütungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,1 Prozent. Dies hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) errechnet. Ermittelt wurden dabei die Vergütungen für 184 Berufe in West- und 149 Berufe in Ostdeutschland. In diesen Berufen werden 88 Prozent der Auszubildenden ausgebildet. Die wichtigsten Daten:

Ost/West: In Ostdeutschland stiegen die tariflichen Ausbildungsvergütungen 2012 um

Die Datenlage

Deutsch oder ausländisch klingender Name – so oft wurde zum Vorstellungsgespräch eingeladen:

270-mal kein Bewerber

134-mal beide BewerberInnen

75-mal nur der Bewerber mit deutschem Namen

49-mal nur der Bewerber mit türkischem Namen

Quelle: Studie, Hans-Böckler-Stiftung, 2012

fünf Prozent auf ca. 674 Euro im Monat. Der Abstand zum westlichen Tarifniveau hat sich 2012 nicht verändert: Im Osten werden 91 Prozent der westlichen Vergütungshöhe erreicht.

Für das gesamte Bundesgebiet lag der tarifliche Vergütungsdurchschnitt bei 730 Euro pro Monat und damit um 4,3 Prozent über dem Vorjahreswert.

Berufe: Sehr hoch lagen die tariflichen Vergütungsdurchschnitte in den Berufen MechatronikerIn (West: 909 Euro, Ost: 885 Euro), MedientechnologIn Druck (West und Ost: 905 Euro) sowie Kaufleute für Versicherungen und Finanzen (West und Ost: 896 Euro). In Westdeutschland waren auch in den Berufen des Bauhauptgewerbes (zum Beispiel MaurerIn) hohe Ausbildungsvergütungen tariflich vereinbart: Sie betragen dort ca. 968 Euro im Monat, während sie in Ostdeutschland mit 772 Euro deutlich geringer ausfielen.

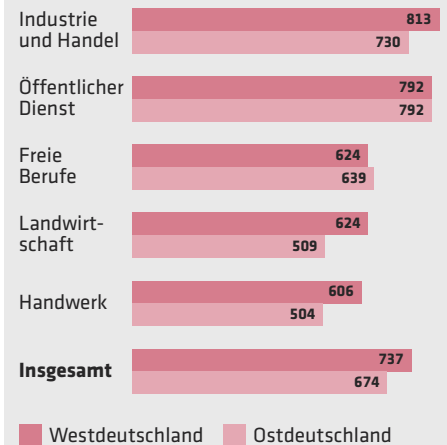
Schlecht wie immer waren die tariflichen Vergütungswerte in den Berufen LackiererIn/MalerIn (West und Ost: 528 Euro), BäckerIn (West und Ost: 500 Euro), FloristIn (West: 460 Euro, Ost: 312 Euro) und FriseurIn (West: 454 Euro, Ost: 269 Euro).

Branchen: Überdurchschnittlich hohe Ausbildungsvergütungen wurden in Industrie und Handel (West: 813 Euro, Ost: 730 Euro) und im Öffentlichen Dienst (West und Ost: 792 Euro) erreicht. Unter dem Gesamtdurchschnitt lagen dagegen die Vergütungen im Handwerk (West: 606 Euro, Ost: 504 Euro).

Achtung, Politik: Das BIBB weist auch auf die drohende Fachkräftelücke vor allem im mitt-

Ausbildungsvergütung 2012

(Durchschnittliche monatliche Beträge in Euro)



Zugelegt – aber höchst ungleich: die Ausbildungsvergütungen 2012

Quelle: BIBB

leren Qualifikationsbereich hin. Um diese so weit wie möglich zu verringern, müssten die »vorhandenen und künftigen Erwerbspersonen« möglichst gut qualifiziert werden. Vor allem aber sei es erforderlich, Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung weiter zu qualifizieren, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. ▀

Die Vergütungen im Einzelnen: www.bibb.de/ausbildungsverguetungen-2012

Das BIBB-Zukunftsszenario: www.bibb.de/wdp

Die duale Ausbildung in der Wissenschaft

Viele Länder orientieren sich an der dualen Berufsausbildung in Deutschland, und auch für die Krise in Europa soll sie das geeignete Mittel für alles sein. Wie schön. Achtung, Achtung, warnt das Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) dieser Tage: Die sehr hohe berufliche Spezialisierung in der deutschen dualen Ausbildung könnte für ein hohes Risiko sorgen, nur befristete Jobs zu bekommen oder gar erwerbslos zu werden. Wie das?

Bildungsforscher Christian Ebner vergleicht für die Zeitschrift »WZB-Mitteilungen« die vier europäischen Länder mit dualer Ausbildung: Dänemark, Deutschland, Österreich und die Schweiz. Deutschland liegt mit rund 350 anerkannten Ausbildungsberufen bei der Angebotspalette weit vorn, gefolgt von der Schweiz und Österreich mit rund 250 und Dänemark mit knapp 150. »Mit zunehmender Zahl anerkannter Ausbildungsberufe ist anzunehmen, dass die Ausbildungen speziali-

sierter und das Spektrum der Berufe, die ausgeübt werden können, schmaler wird«, schreibt Ebner. Die dänische Entwicklung bereite aber auch zunehmend Sorgen.

Einen mittleren Grad an beruflicher Spezialisierung findet der Autor okay. So gebe es in Österreich die Möglichkeit, eine doppelte Ausbildung mit Abschlüssen in gleich zwei Ausbildungsberufen zu machen. Zudem verfüge Österreich über berufsbildende höhere Schulen, die auch eine Hochschulzugangsberechtigung verleihen – wovon man in Deutschland in der Tat nur träumen kann. Der Bildungsforscher Lukas Graf beschreibt das deutsche Problem an gleicher Stelle so: »Im Berufsbildungssystem gibt es eine Reihe von Akteuren, denen nicht daran gelegen ist, den Anteil des allgemeinbildenden Unterrichts auf Kosten der betrieblichen Praxisanteile zu erhöhen. Das gilt insbesondere für Betriebe, die vornehmlich an Auszubildenden als billige Ar-

beitskräfte interessiert sind.« Im Hochschulsystem wiederum seien »elitäre Ansprüche des Bildungsbürgertums« als Bremskräfte am Werk. »Schwache Lobby, wenig Interesse. Die berufliche Bildung hat in Politik und Verwaltung wenig Gewicht«, heißt denn auch ein weiterer Aufsatz, von Autorin Lena Ulbricht.

Positiv bewertet wird die Tendenz hin zu dualen Studiengängen. Allerdings bedeuten diese oft eine arge, doppelt belastende Schuferei. Und auch hier gibt's einen Haken: »Das rasante Wachstum der dualen Studiengänge und der große Einfluss der Unternehmen auf deren Ausgestaltung«, schreibt Graf, »werden eine breitere gesellschaftliche Debatte des sozialen Bildungsauftrags dieser neuartigen Ausbildungsform erfordern«. ▀

Hier geht's zu den WissenschaftlerInnen: www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen



Das gilt jetzt für Azubis

Geld und mehr: Das neue Jahr hat begonnen – und damit gibt es auch viele neue Regelungen rund um den Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

GEZ-Gebühren heißen jetzt Rundfunkbeitrag

Seit Januar 2013 wird pro Wohnung ein einheitlicher Rundfunkbeitrag in Höhe von 17,98 Euro monatlich erhoben. Er ersetzt die bisherige Gebühr. Der Beitrag deckt alle Rundfunkgeräte einer Wohnung ab, es wird nicht mehr zwischen Radio, Fernseher und Computer unterschieden. Von dieser Regelung profitieren insbesondere Familien, Wohn- und nichteheliche Lebensgemeinschaften. Azubis, die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) beziehen und nicht mehr bei den Eltern wohnen, können sich weiterhin von den Rundfunkgebühren befreien lassen. Der Antrag auf Befreiung ist an das ARD/ZDF-Deutsch-



Azubis 2013 – jetzt mit elektronischer Steuererklärung

landradio zu richten und kann online unter www.rundfunkbeitrag.de abgerufen werden. Bei Stadtverwaltungen und Behörden sind die Formulare ebenfalls erhältlich. Dem Antrag ist der Bewilligungsbescheid über den Bezug von BAB oder die Bescheinigung der leistungswährenden Behörde in beglaubigter Kopie beizulegen. Die Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht gilt für den Bewilligungszeitraum der BAB.

Elektronische Lohnsteuerkarte – 2013 eingeführt

Die Lohnsteuerkarte wird 2013 abgeschafft und durch das papierlose elektronische ELStAM-Verfahren ersetzt (ELStAM: Elektronische Lohnsteuer-Abzugsmerkmale).

Der Arbeitgeber hat für die Umstellung bis spätestens mit Auszahlung des letzten Lohns im Jahr 2013 Zeit. Für den Übergangszeitraum gelten für Auszubildende Sonderregelungen: Bei ledigen Azubis, die 2013 ihr erstes Arbeitsverhältnis antreten, kann der Arbeitgeber die Steuerklasse I unterstellen. Dem Arbeitgeber gegenüber muss lediglich schriftlich bestätigt

werden, dass es sich um das erste Dienstverhältnis handelt. Geburtsdatum, Religionszugehörigkeit und die Steuernummer werden übermittelt, mit diesen Angaben wird dem Azubi automatisch die Steuerklasse I zugeteilt. Wenn die Ausbildung in den Jahren 2011 oder 2012 begonnen wurde, muss die schriftliche Bestätigung 2013 wiederholt werden. Kommt die Lohnsteuerklasse I nicht in Betracht, muss beim Finanzamt eine Ersatzbescheinigung ausgestellt werden.

Sozialversicherungsbeiträge ändern sich

Bis zu einer monatlichen Ausbildungsvergütung von 325 Euro brutto zahlst du als Azubi keine Sozialversicherungsbeiträge und zählst als geringverdiener. Die Sozialversicherungsbeiträge werden in diesem Fall in voller Höhe von deinem Arbeitgeber übernommen. Der Bruttoverdienst entspricht dem Nettoverdienst, du erhältst also die 325 Euro auf dein Konto. Verdienst du mehr als 325 Euro, werden die Sozialversicherungsabgaben jeweils zur Hälfte von dir und deinem Arbeitgeber getragen. Diese setzen sich aus Beiträgen für Kranken-, Renten-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung zusammen. Im Schnitt zahlst du auf die Tour 20 Prozent Abgaben.

Der Beitragssatz zur allgemeinen Rentenversicherung ist um 0,7 Prozentpunkte gesunken und liegt jetzt bei 18,9 Prozent. Der Beitrag zur Pflegeversicherung steigt von 1,95 auf 2,05 Prozent.

Steuerfreibeträge steigen

Wenn du abhängig beschäftigt bist – und dazu zählt auch ein Ausbildungsverhältnis –, musstest du bis dato erst Lohnsteuern zahlen, wenn deine jährliche Vergütung höher war als 8.004 Euro im Jahr. Dieser Betrag ist zum Jahresbeginn auf 8.130 Euro gestiegen, 2014 wird er noch einmal auf 8.345 Euro angehoben. In der Ausbildung liegt der Verdienst – leider – meist unter dieser Grenze. Falls deine Vergütung über dem Steuerfreibetrag liegt, hast du die Möglichkeit, am Ende des Jahres eine Lohnsteuererklärung zu machen. Dies lohnt sich vor allem dann, wenn du hohe Ausbildungskosten hast, die du von der Steuer absetzen kannst. Dazu zählen unter anderem Fahrtgeld und Arbeitskleidung.

Minijobgrenze steigt auf 450 Euro

Wenn du mit deiner Ausbildungsvergütung nicht über die Runden kommst, hast du die Möglichkeit, einen Nebenjob anzunehmen. Du



Termin bei Dr. Azubi. Mit Julia Kanzog

musst deinen Arbeitgeber darüber informieren – und er kann dir die Nebentätigkeit nur verweigern, wenn du für ein Konkurrenzunternehmen arbeitest oder deine Ausbildungsleistung durch den Nebenjob negativ beeinflusst wird.

Die Arbeitszeiten deiner Ausbildung plus deines Nebenjobs müssen sich auch in den Grenzen des Arbeitszeit- oder Jugendarbeitsschutzgesetzes bewegen. Die Verdienstgrenze im Bereich der geringfügigen Beschäftigung ist laut Gesetz zum 1. Januar 2013 von 400 Euro auf 450 Euro gestiegen. Zusätzlich unterliegen MinijobberInnen ab 2013 der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Der Rentenversicherungsanteil des Arbeitnehmers liegt bei 3,9 Prozent, der Arbeitgeber zahlt 15 Prozent. MinijobberInnen können sich von der vollen Rentenversicherungspflicht befreien lassen.

Aber auch wenn die Beiträge und die daraus erwachsenden Renten sehr niedrig sind, ist es ratsam, den Eigenanteil zu zahlen und damit die vollen Rechte zu erwerben.

Neue Ausbildungsberufe

Zum 1. August 2013 sollen laut Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) zwei neue Ausbildungsberufe starten: Das ist zum einen die Fachkraft für Metalltechnik und der/die Stanz- und UmformmechanikerIn. Und zum anderen: Die Ausbildungsberufe Bürokaufleute und Kaufleute bzw. Fachangestellte für Bürokommunikation sollen zu einem einheitlichen neuen dreijährigen Ausbildungsberuf Kaufmann/-frau für Büromanagement zusammengefasst werden. Diese Neuordnung soll unter BIBB-Federführung bis 2014 umgesetzt werden. Und sie ist folgenreich: Voraussichtlich sind davon 90.000 Ausbildungsverhältnisse betroffen.

Ausbildung mit Kind

Ab dem 1. August 2013 haben Eltern für ihr Kind einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung oder Tagespflege ab dem ersten Lebensjahr bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres.

Eltern, die auf einen Betreuungsplatz ihres Kindes im zweiten und dritten Lebensjahr verzichten, erhalten ab dem 1. August ein Betreuungsgeld in Höhe von 100 Euro. Ab 1. August 2014 wird dieser Satz auf dann 150 Euro angehoben. ▀

Setzen, sechs!

Wenn alle ihre Arbeit so schlampig abliefern würden wie die Bildungspolitik das Erreichen ihrer Zielmarken, würden alle sitzenbleiben. Die Bilanz der Gewerkschaften zu den Zielen des Bildungsgipfels.

Im Jahr 2008 war die Welt noch in Ordnung. Beim damaligen Dresdner Bildungsgipfel hatten Bund und Länder konkrete Anforderungen für ihre Politik formuliert: Bis 2013 sollten für Kinder unter drei Jahren ausreichend Krippenplätze bereitstehen, die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss sollte bis 2015 halbiert sein – anspruchsvolle Ziele. Nach über vier Jahren müssten doch deutliche Fortschritte sichtbar sein, dachte sich der DGB. Und hat den Bildungsforscher Klaus Klemm gebeten, eine Bilanz zu ziehen.

Die wichtigsten Ergebnisse:

Junge Menschen ohne Schulabschluss: Die angestrebte Halbierung der Quote der AbsolventInnen allgemein bildender Schulen ohne Hauptschulabschluss auf vier Prozent wurde nicht erreicht. Von 2008 bis 2011 sank diese Quote um 1,2 Prozentpunkte – von 7,4 auf 6,2 Prozent. Erfolgversprechende Maßnahmen sind nicht erkennbar. Dies

gilt auch für die Förderschulen, aus denen mehr als die Hälfte der AbsolventInnen ohne Hauptschulabschluss stammt.

Junge Menschen ohne Berufsabschluss: Auch eine Halbierung der Quote junger Erwachsener, die keinen Berufsabschluss erwerben, ist nicht in Sicht: Von 2008 bis 2011 hat sich diese Quote von 17,2 Prozent auf 15,9 Prozent nur wenig verringert. Die Ausbildungsberichterstattung zählt auch 2011 noch 300.000 junge Erwachsene im Übergangssystem.

Höhere Weiterbildungsquote: Die Weiterbildungsbeteiligung sollte auf 50 Prozent der Erwerbsbevölkerung gesteigert werden. Dieses Ziel wurde bisher nicht erreicht: Im Zeitraum

von 2007 bis 2010 sank die Quote sogar von 44 auf 42 Prozent.

Höhere Studienanfängerquote: Die angestrebte Studienanfängerquote von 40 Prozent wurde 2011 mit 54 Prozent zwar weit übertroffen. Aber vor allem machte dies auf die Schwierigkeiten der Hochschulen aufmerksam, die den jungen Hochschulern keine angemessenen Studienbedingungen bieten können.

Bildungsfinanzierung: Ziel war es, die öffentlich und privat getragenen Bildungsausgaben auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Dieses wurde 2010 mit 9,5 Prozent beinahe erreicht.

Krippenausbau: Beim Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen liegt Deutschland im Betreuungsjahr 2009/10 mit einem Platzangebot von 27,6 Prozent noch weit hinter dem für 2013 angesteuerten Ziel von 35 Prozent zurück. Insgesamt fehlen 143.000 Plätze. Auch der Personalbedarf, der durch den Ausbau entsteht, kann nicht gedeckt werden. Allein bis 2013 werden bundesweit in den Kindertageseinrichtungen etwa 22.400 und in der Kindertagespflege zwischen 22.000 und 29.000 ErzieherInnen fehlen. ▀



Aktion der DGB-Jugend zum ersten Jahrestag des Bildungsgipfels 2009, vor dem Kanzleramt. Die Schilder könnte man heute immer noch hochhalten

Klaus Klemms Bericht gibt's hier: www.dgb.de/-/5Ce

Das BikNetz ist überflüssig

Der Deutsche Bundesjugendring kritisiert die Präventionsarbeit des Bundes gegen rechts.

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), in dem neben der DGB-Jugend 46 weitere Jugendverbände organisiert sind, kritisiert den Start des bundesweiten Informations- und Kompetenznetzes gegen Rechtsextremismus (BIKnetz). Das Bundesfamilienministerium investiere bis 2014 zwei Millionen Euro in eine Materialdatenbank gegen rechts, obwohl es bereits etablierte und zivilgesellschaftliche Angebote gebe. Dabei sei die Da-

tensammlung kaum mehr als die erneute Veröffentlichung bereits existierender Materialien, wie sie beispielsweise das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V. (IDA) zur Verfügung stelle.

Die bundesweit tätigen Jugendverbände und die Landesjugendringe hatten bereits während der Planungsphase des BikNetzes auf die Pläne des Ministeriums aufmerksam gemacht und appelliert, auf bestehende Strukturen und Erfahrungen zu setzen – wohl umsonst. Grundsätzlich begrüßen die Mitglieder des DBJR zwar die intensive Vernetzung und den Austausch im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. »Dazu brauchen wir aber keine staatlichen Strukturen parallel zu bereits langjährig und erfolgreich bestehenden zivilgesellschaftlichen Strukturen«, sagt Julia Böhnke von der DGB-Jugend, die als stellvertretende Vorsitzende im DBJR-Vorstand tätig ist. Aus ihrer Sicht besteht mit dem IDA bereits ein wirksames Kompeten-

netz. Das Zentrum besteht seit 1990 und wurde auf Initiative demokratischer Jugendverbände hin gegründet.

Wichtiger als das BIKnetz ist aus Sicht des DBJR auch, die Präventionsarbeit der Jugendverbände und anderer zivilgesellschaftlichen Gruppen langfristig zu fördern. »Den Jugendverbänden und Landesjugendringen im DBJR geht es mit ihrer Arbeit darum, menschenfeindliches Gedankengut zurückzudrängen und Gewalt zu verhindern«, sagt Böhnke.

Was die DBJR-Mitgliedsorganisationen besonders ärgert: Mehrere Millionen Euro für das BIKnetz sollen aus dem Förderetat gegen rechts entnommen werden, anstatt sie für konkrete Projekte im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt einzusetzen. Dies bedeute faktisch eine Schwächung der Arbeit gegen rechts vor Ort. ▀

www.dbjr.de, www.biknetz.de



Gut forscht es sich besser

Großprojekt: Der Herrschinger Kodex »Gute Arbeit in der Wissenschaft« der Bildungsgewerkschaft GEW.

Immer mehr Zeitverträge mit immer kürzeren Vertragslaufzeiten, unsichere Berufsperspektiven und unberechenbare Karrierewege an Hochschulen und in Forschungseinrichtungen – diese Missstände haben Untersuchungen wie der Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses oder der Bericht zur Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zu Tage gefördert.

Doch gute Arbeit in Lehre, Forschung und Wissenschaftsmanagement sowie gute Beschäftigungsbedingungen und berufliche Perspektiven sind zwei Seiten einer Medaille. Die Bildungsgewerkschaft GEW empfiehlt Hochschulen und Forschungseinrichtungen, sich mit

dem von ihr entwickelten Herrschinger Kodex »Gute Arbeit in der Wissenschaft« auf stabile Beschäftigungsbedingungen und berechenbare Karrierewege für WissenschaftlerInnen zu verpflichten.

»Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen jetzt unter Beweis stellen, dass sie mit ihrer gewachsenen Autonomie verantwortungsbewusst umgehen und den Arbeitsplatz Wissenschaft attraktiver machen«, schreibt die GEW und schlägt vor, dass sich die Wissenschaftseinrichtungen Mindeststandards für befristete Beschäftigungsverhältnisse setzen, von denen gerade junge ForscherInnen betroffen sind. Dauert eine Promotion vier Jahre, sollten auch die DoktorandInnen einen Vierjahresvertrag bekommen. Werden Drittmittel für drei Jahre eingeworben, sollten auch die Arbeitsverträge über drei Jahre laufen.

Der Kodex folgt auf das »Templiner Manifest«, das die GEW 2010 zur Reform von Personalstrukturen und Berufswegen in Hochschule und Forschung vorgelegt hat, und mit dem sie sich seitdem für den »Traumjob Wissenschaft« stark macht. Das Manifest war ein Weckruf: für viele WissenschaftlerInnen, die ihre Situation reflektieren, sich organisieren und für Reformen eintreten, aber auch für Wissenschaftsorganisationen, PolitikerInnen in Bund und Ländern, die Maßnahmen zur Reform von Karrierewegen und Verbesserung von Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft prüfen. ▀



Hier gibt's die Broschüre im Netz:
www.gew.de/Herrschinger_Kodex.html
Sie kann auch in Druckfassung angefordert werden. E-Mail: broschueren@gew.de



Solidarität mit Tim

Die Hauptamtlichen der DGB-Jugend haben sich auf einer Tagung in Hattingen mit Tim H. solidarisiert. Tim H. war von einem Dresdner Gericht zu 22 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, weil er am 19. Februar 2011 während der Dresden Anti-Nazi-Demo dazu aufgerufen haben soll, eine Polizeisperre zu durchbrechen (»Kommt nach vorn«). Beweise und Zeugenaussagen hätten sich dafür nach der Meinung von ProzessbeobachterInnen jedoch nicht in überzeugender Weise finden lassen. Den Spruch setzten die TeilnehmerInnen der Jubi-Orga-Tagung in Hattingen in Szene. ▀

Aktivposten

Na, das ist ja eine Überraschung: Deutschlands »Super-Azubi 2012« ist Mitglied der **IG-Metall Jugend**. Felix Tuchscherer von der Mercedes-Niederlassung Ravensburg ist der beste Auszubildende unter 350.000 AbsolventInnen der Industrie- und Handelskammern 2012. Bei der Ehrung der 228 Auszubildenden in Berlin hielt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) die Festrede. Und Barbara Schöneberger moderierte.

Soli aktuell meint: Upps: Die Ehrung war bestimmt nicht ohne.

Die **ver.di Jugend** wächst: Zum zweiten Mal in Folge und zum dritten Mal seit ihrer Gründung hat sie eine positive Gesamtmitgliederentwicklung. Die Gesamteintritte betragen im Jahr 2012 32.719 (2011: 27.919). Davon sind 15.361 Auszubildende (2011: 13.014). Im Vergleich zum Stand Ende des Jahres 2011 hat die ver.di Jugend

2012 ein Plus von 5.332 jugendlichen Mitgliedern – ein Zuwachs von 5,16%. ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff: »Das ist ganz besonders der Verdienst der vielen ebenso unermüdlich wie erfolgreich arbeitenden Aktiven.« **Soli aktuell sagt:** Super Ergebnis, Ehrenamtliche!

www.verdi-jugend.de

Für »Diskriminierung im Fußball« interessiert sich die **DGB-Jugend Duisburg**. Im gleichnamigen Seminar vom 1. bis 3. März 2013 geht's um Möglichkeiten antirassistischer, antisexistischer und antihomophober Arbeit in Fanszenen. Referent ist Florian Schubert vom Bündnis aktiver Fußballfans.

Infos: www.dgb-jugend-duisburg.de

Die **DGB-Jugend Berlin-Brandenburg** startet einen neuen Projekttag für alle Schultypen. Titel: »Was Barbie und Superman uns vorge-

ben.« Geschlechterbilder, Sexismus und couragiertes Handeln stehen im Mittelpunkt.

www.dgb-jugend-bb.de

Die **DGB-Jugend Rheinland-Pfalz** ist vom 25. Februar 2013 an das erste Mal in ihrer Geschichte auf Frühjahrsberufsschultour.

www.dgb-jugend-rlp.de

Die **Soli-aktuell-Aktionsposten-Redaktion** empfiehlt: Abfahren mit der Polizei! Die »19. Internationalen offenen Polizeiskimeisterschaften alpin/nordisch« der **Gewerkschaft der Polizei Service GmbH** vom 15. bis 17. März 2013 in Ofterschwang stehen an. Die Allgäuer PolizistInnen schreiben: »Wie in den vergangenen Jahren sind wir bemüht, euch neben der Sportveranstaltung wieder ein unvergessliches Wochenende in herrlicher Umgebung zu bieten.«

Soli aktuell sagt: Alpenkrimi hautnah.

www.gdp.de

Tipp des Monats

Burnout, die neue Volkskrankheit: Kaum auf der Welt, ist man schon voll im Stress! Und was nervt am meisten? Der Arbeitsplatz. Sogar, wenn man keinen hat. Der Index Junge Beschäftigte der DGB-Jugend hat dieses Thema letztes Jahr schon in den Mittelpunkt gerückt. Nun legt das Jahrbuch »Gute Arbeit 2013« nach: Es versammelt jede Menge kluge Expertisen, gewerkschaftliche Strategieansätze und betriebliche Praxisbeispiele. Die AutorInnen geben viele Impulse für ein konstruktives Vorgehen – innerhalb und außerhalb der Betriebe.



Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban (Hg.): Gute Arbeit – Ausgabe 2013. Anti-Stress-Initiativen: Impulse aus Praxis und Wissenschaft, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2013, 368 S., 39,90 Euro

Widerstand: Der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins ging zu Beginn des NS-Regimes in die Illegalität. Der Verband baute eine Widerstandsgruppe mit mehreren hundert



Mitgliedern auf. Ihre Geschichte wird nun in einem Buch gewürdigt.

Stefan Heinz, Siegfried Mielke (Hg.): Funktionäre des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins im NS-Staat, Metropol-Verlag, Berlin 2012, 304 S., 19 Euro

Hattingen – Seminare

»Students at work« – das Seminar: Wenn du schon die Einführung der »Arbeits-, sozial- und sozialversicherungsrechtlichen Anfangsberatung für Studierende« absolviert hast, bist du hier vollkommen richtig. Kenntnisse und aktuelle Entwicklungen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht werden an konkreten Übungsfällen vertieft. Außerdem gibt's Debatten über Probleme in der Beratung.

5. bis 7. April 2013. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Raus mit der Sprache: Politik ist: mit Menschen reden. Man muss mit seinen Themen cool rüberkommen und sicher beim Sprechen vor Gruppen sein. Und das lernt man am besten: in einem Seminar des DGB-Jugendbildungszentrums!

3. bis 5. Mai 2013. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Nein sagen: Ein Werbefuzzi soll die Herrschaft des chilenischen Diktators Pinochet beenden. »No!« ist ein spektakulärer Spielfilm über die Mechanismen von PR und Politik.

»No!« CHL 2012. Regie: Pablo Larraín. Mit Gael Garcia Bernal, Alfredo Castro. Derzeit im Kino



Mitbestimmung: Für die Gewerkschaftsjugend wird das duale Studium immer wichtiger. Mit ihrem Positionspapier hat die IG-BCE-Jugend grundsätzliche Erkenntnisse und Forderungen zum doppelten Studieren bestimmt. Es geht um Status, Mitbestimmungsrecht, Kosten, Vergütung, Qualität und Übernahme.

www.igbce.de/aktive/junge-generation

Schule: Gemeinsam mit der DGB-Initiative Schule und Arbeitswelt hat die Hans-Böckler-Stiftung das Projekt »Böckler Schule« gestartet. Es bietet Unterrichtsmaterialien zu Themen wie Verteilung, Mindestlohn und Eurokrise.

www.boeckler.de/39577.htm

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 409

Projekt: Mirjam Blumenthal

Redaktion: Jürgen Kiontke

E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork pn GmbH

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 - 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

soli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Soli aktuell online abonnieren auf http://www2.dgb-jugend.de/service/soli_aktuell

Ich möchte monatlich _____ Exemplar(e) bestellen.

vorname

name

organisation

funktion

straße

nummer

plz

ort

unterschrift

DGB-Bundesvorstand
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin